

# **Verordnung des Landkreises Rosenheim über das Landschaftsschutzgebiet „Eckersberg“**

vom 9.12.2015

Der Landkreis Rosenheim erlässt auf Grund von § 20 Abs. 2 Nr. 4, § 26 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Art. 421 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474), i. V. m. Art. 12 Abs. 1 Satz 1, Art. 51 Abs. 1 Nr. 3 Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG) vom 23. Februar 2011 (GVBl S. 82), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes vom 24. April 2015 (GVBl S. 73) folgende

## **V e r o r d n u n g**

### **§ 1**

#### **Schutzgegenstand**

Das Landschaftsschutzgebiet liegt ca. 6 km nordwestlich der Gemeinde Bad Feilnbach und trägt den Namen „Eckersberg“.

Beim „Eckersberg“ handelt es sich um eine Jungmoräne mit wallförmiger Ausbildung, die durch einen markanten Aussichtspunkt geprägt ist. Arten- und orchideenreiche Quellmoore und Extensivwiesen, naturnahe Misch- und Buchenwälder mit einem Eibenbestand als auch das Vorkommen von Alpenpflanzen machen das Gebiet besonders schützenswert.

### **§ 2**

#### **Schutzgebietsgrenzen**

- (1) Das Schutzgebiet hat eine Größe von insgesamt ca. 32 ha.
- (2) Die Grenzen des Schutzgebietes sind in einer Karte im Maßstab 1:5000 und in einer Karte im Maßstab 1:25000, ausgefertigt vom Landratsamt Rosenheim am 09.12.2015 eingetragen.  
Diese Karten sind Bestandteil der Verordnung. Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Innenkante der Abgrenzungslinie der Karte M 1:5000.  
Die Karten M 1: 5000 und M 1:25000 sind dieser Verordnung als Anlage beigelegt.  
Die Karten sind im Landratsamt Rosenheim und in der Gemeinde Bad Feilnbach niedergelegt und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

### § 3

#### Schutzzweck

Zweck des Landschaftsschutzgebiets „Eckersberg“ ist es,

1. die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu gewährleisten, sowie die Lebensbedingungen der daran angepassten typischen Tier- und Pflanzenarten mit ihren Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu fördern und wiederherzustellen,
2. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes zu bewahren.

### § 4

#### Verbote

Im Landschaftsschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die geeignet sind, den Charakter des Gebiets zu verändern oder die dem Schutzzweck (§ 3) zuwiderlaufen.

### § 5

#### Erlaubnispflicht

(1) Der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Rosenheim bedarf, wer im Landschaftsschutzgebiet beabsichtigt,

1. bauliche Anlagen aller Art (Art. 2 Abs. 1 Bayerische Bauordnung (BayBO)) zu errichten, zu ändern oder ihre Nutzung zu ändern, auch wenn sie einer baurechtlichen Genehmigung nicht bedürfen, hierzu zählen insbesondere
  - a) Gebäude, z.B. Wohnhäuser, land- und forstwirtschaftliche Betriebsgebäude, Wochenendhäuser, Gerätehütten, Verkaufsstände, Bienenhäuser,
  - b) Einfriedungen und sonstige Sperren,
  - c) Veränderungen der Erdoberfläche durch Abgrabungen oder Aufschüttungen, insbesondere die Erschließung und der Betrieb von neuen Steinbrüchen, Kies-, Sand-, Lehm- oder Tongruben und sonstigen Erdaufschlüssen sowie Abschütt-halden.
2. soweit es sich nicht bereits um Anlagen im Sinne der Nr. 1 handelt,
  - a) Bild- und Schrifttafeln, insbesondere auch Werbevorrichtungen mit einer Größe von über 0,5 m<sup>2</sup> Fläche anzubringen, soweit sie nicht Wohn- und Gewerbebezeichnungen an den Wohn- oder Betriebsstätten darstellen,
  - b) ober- oder unterirdisch geführte Draht-, Kabel- oder Rohrleitungen zu verlegen sowie Masten aufzustellen oder zu ändern,
  - c) Straßen, Wege, Plätze, insbesondere Camping-, Sport- und Spielplätze oder ähnliche Einrichtungen zu errichten oder wesentlich zu ändern,
  - d) Verkaufswagen aufzustellen oder Verkaufsstellen und Automaten zu errichten, anzubringen und zu betreiben.

3. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze mit Kraftfahrzeugen aller Art zu fahren oder diese dort abzustellen. Ausgenommen sind Fahrzeuge zur land-, forst- und jagdwirtschaftlichen Bewirtschaftung sowie zur Ausübung der Bienenzucht,
  4. oberirdisch über den zugelassenen Gemeingebrauch hinaus oder unterirdisch Wasser zu entnehmen, den Grundwasserstand zu verändern, Gewässer herzustellen oder Dränanlagen zu errichten,
  5. ökologisch besonders wertvolle Biotope im Sinne des § 30 BNatSchG und Art. 23 BayNatSchG, insbesondere Moore, Sümpfe, Röhrichte, seggen- oder binsenreiche Nass- und Feuchtwiesen, Pfeifengraswiesen, Quellbereiche, Moor-, Bruch-, Schlucht-, Hangschutt- und Auwälder trockenulegen oder auf sonstige Weise zu zerstören oder erheblich zu beeinträchtigen, § 30 BNatSchG und Art. 16 BayNatSchG bleiben unberührt,
  6. Streuwiesen umzubrechen, in mehrschüriges Grünland umzuwandeln, zu düngen, zu beweiden, aufzuforsten oder vor dem 1. September zu mähen,
  7. freilebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen oder zu töten oder Brut- bzw. Wohnstätten sowie Gelege solcher Tiere fortzunehmen,
  8. in der freien Natur und außerhalb des Waldes landschaftsprägende Einzelbäume, Hecken, lebende Zäune oder Feldgehölze oder -gebüsche zu beseitigen, § 39 Abs. 5 BNatSchG und Art. 16 BayNatSchG bleiben unberührt,
  9. Waldbestände ganz oder teilweise zu roden, Erstaufforstungen durchzuführen oder Kahlhiebe von mehr als 0,25 ha im Zusammenhang vorzunehmen, Laub-, Misch- und Auwald in Wald mit überwiegendem Nadelholzanteil umzuwandeln oder Sonderkulturen (z.B. Baumschulen, Kurzumtriebsplantagen) zu errichten,
  10. Abfälle, Schutt und sonstige Gegenstände, soweit sie nicht bereits den Vorschriften des Abfallrechts unterliegen, an anderen als den hierfür zugelassenen Plätzen abzulagern, auch wenn keine Aufschüttung im Sinne des Baurechts beabsichtigt ist,
  11. außerhalb zugelassener Plätze zu zelten, Wohnwagen (auch Klappanhänger) oder motorisierte Wohnfahrzeuge abzustellen oder dies zu gestatten,
  12. Luftfahrzeuge im Sinne des Luftverkehrsgesetzes oder ähnliche Fluggeräte oder Flugmodelle mit Motorantrieb außerhalb genehmigter Flugplätze aufsteigen oder landen zu lassen,
  13. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen,
  14. offenes Feuer zu entzünden oder zu unterhalten,
  15. Feuerwerke abzubrennen.
- (2) Die Erlaubnis ist unbeschadet anderer Rechtsvorschriften zu erteilen, wenn die beabsichtigte Maßnahme nicht geeignet ist, eine der in § 4 dieser Verordnung genannten Wirkungen hervorzurufen oder diese Wirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können.
- (3) Wird die Erlaubnis mit Nebenbestimmungen erteilt, kann eine Sicherheitsleistung verlangt werden.

## § 6

**Ausnahmen**

Von den Beschränkungen dieser Vorschrift bleiben ausgenommen:

1. die der guten fachlichen Praxis im Sinne des Art. 3 Abs. 2 BayNatSchG entsprechende ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung sowie die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd und Forstwirtschaft. Davon unberührt bleiben § 5 Abs. 1 Nrn. 1,4,5,6,8,9,
2. bebaute Wohngrundstücke und landwirtschaftliche Hofstellen sowie die daran unmittelbar angrenzenden Hofräume und Hausgärten,
3. die Errichtung oder Änderung von freistehenden Gebäuden ohne Feuerungsanlage, die einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dienen (Privilegierung), nur eingeschossig und nicht unterkellert sind, höchstens 100 m<sup>2</sup> Grundfläche und höchstens 140 m<sup>2</sup> überdachte Fläche haben und nur zur Unterbringung von Sachen oder zum vorübergehenden Schutz von Tieren bestimmt sind,
4. Bienenhäuser bis 50 m<sup>2</sup> Grundfläche,
5. Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Instandhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen einschließlich der Verkehrssicherung,
6. der Betrieb, die ordnungsgemäße Instandhaltung von bestehenden Energie-, Wasserversorgungs- und -entsorgungseinrichtungen, sowie von bestehenden Fernmeldeanlagen,
7. die Errichtung oder Änderung offener, sockelloser Einfriedungen im Außenbereich, soweit sie der Hoffläche eines landwirtschaftlichen Betriebes, der Weidewirtschaft einschließlich der Haltung geeigneter Schalenwildarten für Zwecke der Landwirtschaft, dem Schutz von Forstkulturen sowie dem Schutz landwirtschaftlicher Kulturen vor Schalenwild dienen und der Eigenart der Landschaft angepasst werden,
8. die Verlegung von nicht ortsfesten Anlagen zur Versorgung von Weidevieh mit Wasser und Drahtleitungen zum Betrieb elektrischer Weidezäune,
9. das Aufstellen und Anbringen von behördlichen Hinweisen auf den Schutz des Gebietes, behördlichen Verbotstafeln, Verkehrszeichen und Hinweistafeln sowie Wegemarkierungen,
10. die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Landschaftsschutzgebietes notwendigen und von den Naturschutzbehörden zugelassenen Überwachungs-, Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen.

## **§ 7**

### **Befreiungen**

- (1) Von den Verboten nach § 4 dieser Verordnung kann unter den Voraussetzungen des § 67 BNatSchG im Einzelfall eine Befreiung erteilt werden.
- (2) Wird die Befreiung mit Nebenbestimmungen erteilt, kann eine Sicherheitsleistung verlangt werden.
- (3) Für die Erteilung der Befreiung ist die untere Naturschutzbehörde am Landratsamt Rosenheim zuständig. Bei Vorhaben der Landesverteidigung und des Zivilschutzes entscheidet über die Befreiung das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (Art. 56 Satz 1 BayNatSchG).

## **§ 8**

### **Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Nach Art. 57 Abs. 1 Nrn. 2 und 7 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 4 im Schutzgebiet Veränderungen vornimmt, die geeignet sind, das Landschaftsbild oder die Natur zu beeinträchtigen, insbesondere:
  1. Maßnahmen oder Handlungen nach § 5 Abs. 1 Nrn. 1 bis 15 ohne die erforderliche Erlaubnis vornimmt,
  2. einer vollziehbaren Nebenbestimmung in Form der Auflagen zu einer Erlaubnis nach § 5 Abs. 1 oder Befreiung nach § 7 Abs. 1 dieser Verordnung nicht nachkommt.
- (2) Die Einziehung von Gegenständen bemisst sich nach Art. 58 BayNatSchG.

## **§ 9**

### **In-Kraft-Treten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Rosenheim in Kraft.

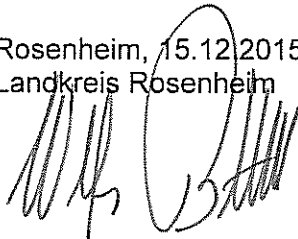
## § 10

**Außer-Kraft-Treten**

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Kreisverordnung zum Schutze des Landschaftsteiles „Eckersberg“ im Bereich der Gemeinde Dettendorf Landkreis Bad Aibling vom 9.9.1970, genehmigt mit Schreiben der Regierung vom 17.8.1970, Nr. II/4 – 8459 Aib 4, veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Bad Aibling vom 22.9.1970, Nr. 9

als auch die Kreisverordnung zum Schutze des Landschaftsteiles „Eckersberg“ im Bereich des Gemeindeteiles Dettendorf, Gemeinde Bad Feilnbach, Landkreis Rosenheim vom 28.12.1976, genehmigt mit Schreiben der Regierung von Oberbayern vom 23.12.1976, Nr. 230-8459-Ro-2/76, veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Rosenheim vom 31.12.1976, Nr. 26, außer Kraft.

Rosenheim, 15.12.2015  
Landkreis Rosenheim



Wolfgang Berthaler  
(Landrat)

**Hinweis gemäß Art. 52 Abs. 7 BayNatSchG:**

Eine Verletzung der Vorschriften des Art. 52 Abs. 1 bis 6 BayNatSchG ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach der Bekanntmachung der Rechtsverordnung schriftlich unter Angabe der Tatsachen, die die Verletzung begründen sollen, bei der für den Erlass zuständigen Behörde (Landratsamt Rosenheim) geltend gemacht wird.